

X-undheit in Bern

Defis überall!?

**Motion: Nothilfe fördern.
Flächendeckende Versorgung
mit Defibrillatoren**



Bea Heim, SP Solothurn, Nationalrätin, reichte am 6.10.2006 unter dem Titel «Nothilfe fördern. Flächendeckende Versorgung mit Defibrillatoren» eine Motion ein.

Der Bundesrat wird ersucht, in Zusammenarbeit mit den Kantonen und Fachorganisationen, dafür zu sorgen und die rechtlichen Grundlagen dafür zu schaffen, dass möglichst rasch unser Land an allen Orten mit hohem Publikumsverkehr oder an Orten mit besonderen Gefährdungen mit AED (automatische externe Defibrillatoren) versehen ist. Zudem ist die breite Ausbildung von weiten Kreisen der Bevölkerung in der Anwendung dieser Geräte zu fördern.

Aus der Begründung

Bei einem Kammerflimmern kann mithilfe der sofortigen Anwendung eines externen Defibrillators Leben gerettet werden und können Folgeschäden einer verspäteten Reanimation vermieden werden. Nur eine flächendeckende Versorgung mit den entsprechenden Geräten ermöglicht die rasche Anwendung, welche für den späteren Erfolg ausschlaggebend ist. Die AED (automatische externe Defibrillatoren) sind heute so perfektioniert, dass sie von angelernten Laien ohne Gefahr und mit hoher Erfolgsquote angewendet werden können. Entscheidend ist aber die rasche Verfügbarkeit der Geräte, was eine entsprechende Versorgungsdichte bedingt. Die Mittel dieser Versorgungsdichte sind verhältnismässig bescheiden und das verhinderte menschliche Leid ist gross. Auch volkswirtschaftlich ist ein dichtes Netz von AED interessant, da die so geretteten Menschen häufig noch viele Jahre unbeschwerten Lebens vor sich haben.

Stand der Beratung: Im Plenum noch nicht behandelt.

Die Parlamentarierinnen machen sich Sorgen um unsere Gesundheit – gut so! Während die eine uns mit Defibrillatoren allenthalben und überall eindecken möchte, will uns die andere vor den Gefahren der Transfette bewahren. Auch gut – auch wenn einem scheinen möchte, dass unsere Landesregierung sich gescheiter um Gescheiteres kümmerte. Oder?

Transfette im Nationalrat

**Fragestunde: Mangelnde Gesundheitskompetenz verursacht
Kosten von 1,5 Milliarden Franken**



Es fragte Edith Graf-Litscher, SP Kanton Thurgau, am 2.10.06:

Die Schweizer Bevölkerung ist zu wenig über Gesundheitsfragen informiert. Das verursacht in der Schweiz Kosten von rund 1,5 Milliarden Franken. Um die Gesundheitskompetenz zu fördern, besteht in unserem Bildungs- und Gesundheitssystem Handlungsbedarf. Welche konkreten Schritte unternimmt der Bundesrat, um die Gesundheitskompetenz der Schweizer Bevölkerung zu erhöhen?

Aus der Antwort von Samuel Schmid, Bundesrat:

Die heutige Informations- und Wissensgesellschaft verlangt von den Bürgerinnen und Bürgern immer mehr Kompetenzen. Eine davon ist die Gesundheitskompetenz. Die Aneignung dieser Kompetenz liegt primär in der Verantwortung jeder einzelnen Person. Der Bundesrat ist bereit, mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die Gesundheitskompetenz der in der Schweiz lebenden Bevölkerung zu fördern. Er wird deshalb vermehrt darauf achten, dass in Gesetzgebungsarbeiten, Strategien und Programmen die Gesundheitskompetenz unterstützt und gefördert wird. Dies passiert zum Beispiel erstens im neuen Medizinalberufegesetz, welches dem gesteigerten Informations- und Kommunikationsbedarf der Bevölkerung Rechnung trägt, indem spezifische Ausbildungsangebote vorgesehen werden. Zweitens geschieht dies in diversen Präventionskampagnen wie Stop Aids, Tabakprävention oder anderen, drittens in der künftigen nationalen E-Health-Strategie, die auf zielgruppenspezifische Informationen und deren Qualität achten wird. Gesundheitskompetenz ist ebenfalls ein Bildungsthema.



Nachfrage von Graf-Litscher:

Herr Bundesrat, vielen Dank für die Beantwortung meiner Frage. Ich sehe, Sie sind auch in gesundheitspolitischen Themen ein Profi. Deshalb gestatten Sie mir bitte eine Nachfrage. Ein erster Schritt könnte die Deklaration von gesundheitsgefährdenden Transfetten sein. Sie wissen, dass im menschlichen Körper Transfette wie Gift wirken können und dass sie das Risiko von Kreislauferkrankungen erhöhen. Könnten Sie dahinterstehen, wenn in der Schweiz zukünftig eine Deklarationspflicht eingeführt würde, und zwar nicht nur für Babynahrung, wie wir das heute in der Schweiz kennen, sondern generell? Dann könnten sich die Konsumentinnen und Konsumenten bewusst für das eine oder andere Fett entscheiden.

Samuel Schmid:

Herzlichen Dank für die verfrühten Blumen, Frau Nationalrätin. Ich nehme Ihre Idee gerne mit. Ich glaube, die Fragestunde kann nicht der Ort sein, den Deklarationspflichtenkatalog bereits zu erweitern. Aber Sie haben aus der Stellungnahme des Bundesrates gesehen, dass wir derartige Zielsetzungen im Rahmen unserer Möglichkeiten durchaus ernst nehmen.